

STANDPUNKT

Frontexdicht

Uwe Kalbe über die Beschlüsse des EU-Gipfels zur Asylpolitik

Kann der Brüsseler Gipfel den Streit der Unionsparteien in Deutschland, kann er die Regierungskrise beenden? Das ist die erste Frage, die sich in der öffentlichen Debatte erhebt, nachdem der Europäische Rat seine Einigung in der Flüchtlingspolitik erzielt hat. Für die entscheidende Frage bleibt deshalb keine Zeit: Was trägt die Brüsseler Übereinkunft zur Beendigung der Flüchtlingskrise, zur Beseitigung der Fluchtursachen bei?

Es ist Konsens der Regierungspolitik in Deutschland, dass eine gute Stimmung im eigenen Land allemal wichtiger ist als der Überlebenskampf außerhalb Europas. Und es ist nicht das Schlussdokument von Brüssel nötig gewesen zu dokumentieren, dass dieser Konsens EU-weit gilt. Außengrenzen werden frontexdicht, Schlepper statt Fluchtursachen bekämpft und Menschen für ihre Flucht durch Internierung bestraft. NGO-Rettungsschiffe im Mittelmeer dürften die Einsätze der libyschen Küstenwache nicht stören, heißt es drohend. Fluchtursachenbekämpfung? Zusammenarbeit mit Afrika? Gibt es in Form von Lagern, für deren Betreiber Kooperationswillige bestochen werden sollen, damit sie erledigen, was die EU für unzumutbar hält. Und Kooperation gibt es, dort, wo es Europa nicht weh tut. Geld soll fließen, auch für zivilgesellschaftliches Engagement und die Gleichberechtigung der Frau. Die Benachteiligung Afrikas mit ihren verheerenden ökonomischen Folgen hat vor allem ökonomische Gründe. Mag sein, dass sich Horst Seehofer nun aufhalten lässt. Menschen auf der Flucht tun es bestimmt nicht.

UNTEN LINKS

Energiekonzerne werden für den Atomusstieg entschädigt. Sie sollen nicht dafür büßen, dass der Politik die Sicherheit der Bevölkerung plötzlich so wichtig war. Dumm nur, dass die Konzerne nicht mit der Entschädigung planen können, weil sie noch nicht wissen, wie viel Gewinn ihnen tatsächlich entgangen ist. Das wird erst 2023 berechnet. Bis dahin wissen vielleicht auch die Atomkonzerne, welche Gewinne ihnen wegen angeblich zu hoher Abgaswerte, Schummelsoftware und daraus folgender Rückrufaktionen entgangen sind. Oder die Rüstungsindustrie, die wegen andauernder Querschüsse aus der immer noch viel zu starken Friedensbewegung so viele ihrer Produkte nicht in die Krisenregionen dieser Welt liefern konnte. Nicht zu vergessen wäre Horst Seehofer, dem auf jeden Fall auch eine Entschädigung von Angela Merkel zustehen dürfte: für entgangene Wahlstimmen wegen ihrer Flüchtlingspolitik. Und weil er wegen ihr immer noch nicht Kanzler ist. uka

Ode an das Elend

Europäischer Rat beschließt, Migranten in Lagern zu internieren



Foto: imago/Maciej Moskwa

Berlin. Die Europahymne hat zwar keinen Text. Doch war das Thema aus dem vierten Satz von Beethovens 9. Sinfonie hört, kommt nicht umhin, an Schillers Worte zu denken:

*Freude, schöner Götterfunken,
Tochter aus Elisium,
Wir betreten feuertrunken,
Himmlische, dein Heiligtum.
Deine Zauber binden wieder,
Was die Mode streng getheilt,
Alle Menschen werden Brüder,
Wo dein sanfter Flügel weilt.*

Alle Menschen werden Brüder? Nach dem EU-Gipfel sollen erst einmal all jene, die nunmehr nur als Objekt betrachtet werden – oder wie es Italiens Innenminister ausdrückt, als Menschenfleisch – interniert werden. Am besten so weit weg von den europäischen Grenzen wie möglich. Seit Jahren wird in Europa geknallt auf der Klaviatur der niedersten Instinkte gespielt, mit Erfolg. Die Ode an die Freude kommt hinter Stacheldraht, die angebliche Grundwertegemeinschaft EU feiert ihre Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner maximal machbarer Inhumanität: interne und externe Lager, weitere Abschottung der Gren-

zen durch Frontex, weitere enge Zusammenarbeit mit dem rechtsfreien Folterstaat Libyen und dessen »Küstenwache«, Freifahrtschein für die Kriminalisierung von zivilen Seenotrettern.

Nachdem am Freitag in Deutschland die Ergebnisse etwa von der SPD und der CDU für gut befunden wurden, hat wahrscheinlich auch diese Meldung die Freude über die Ergebnisse des EU-Gipfels nicht trüben können: Hundert Vermisste nach Untergang von Flüchtlingsboot vor Libyen. Am Nachmittag vermeldete das UNHCR Libyen den Tod der Menschen. Genau das ist es, was die EU beschlossen hat: Tod und Elend. mdr Seite 5

Russland weiter unter Strafe

EU-Gipfel verlängert die Sanktionen um sechs Monate / LINKE: Grundfalsche Entscheidung

Politisch haben die Russland-Sanktionen der Europäischen Union keine sichtbare Wirkung gezeigt. Für den EU-Gipfel ist das kein Grund, den Abschied von einer Verlängerung zu beschließen.

Brüssel. Die europäischen Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden abermals verlängert. Darauf einigen sich die Staats- und Regierungschefs am Freitagmorgen beim EU-Gipfel in Brüssel. Die Europäische Union hatte die Sanktionen trotz Milliardenverlusten für heimische Unternehmen zuletzt im vergangenen Winter bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Sie sollen nun weitere sechs Monate gelten, wie der EU-Rat mitteilte. Als Grund wurden mangelnde Anstrengungen Russlands bei der Umsetzung des Minsker Abkommens zur Beendigung der Kämpfe in der Ostukraine sowie bei der Aufklärung des Abschusses von Flug MH17 angeführt.

Im Mai hatte das von den Niederlanden geleitete internationale Ermittlersteam zu dem Abschluss des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 vor vier Jahren einen neuen Bericht vorgelegt und die eingesetzte Rakete erstmals einer russischen Militärbrigade zugeordnet. Die Regierung der Niederlande, woher die meisten der Opfer stammten, machte Russland daraufhin auch formell für den Abschuss verantwortlich. Der Kreml wies dies abermals zurück.

Flug MH17 war am 17. Juli 2014 auf dem Weg vom Amsterdamer Flughafen Schiphol nach Kuala Lumpur über der Ostukraine von einem Geschoss getroffen worden und abgestürzt. Unter den 298 Todesopfern waren 196 Niederländer, 39 Australier und vier Deutsche. Im Abkommen von Minsk von 2015 wurde eine Waffenruhe in der Ostukraine vereinbart. Die Kämpfe gehen dennoch weiter. Die sich gegenüber

stehenden ukrainischen Streitkräften und »prorussische Separatisten« weisen sich gegenseitig die Schuld zu.

In den in der Nacht zum Freitag verabschiedeten Schlussfolgerungen des EU-Gipfels erklärten die Mitgliedstaaten nun, Russland müsse »seine Verantwortung annehmen und an allen



Bemühungen um Wahrheit, Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit vollständig mitwirken«. Die EU-Chefs bekräftigten zudem ihre Unterstützung für eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Aufklärung des Abschusses.

Experten gehen nach Angaben von Diplomaten davon aus, dass

die Sanktionen Russland bereits einen dreistelligen Milliarden-Betrag gekostet haben. Doch auch die europäische Konjunktur wird in Mitleidenschaft gezogen, da die Strafmaßnahmen auch den Handel vieler EU-Unternehmen mit Russland erschweren und Russland im Gegenzug Einfuhrverbote für westliche Agrarprodukte wie Obst und Fleisch verhängt hat. »Die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen ist eine grundfalsche Entscheidung und eine vertane Chance«, erklärte Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag. »Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung will gute Beziehungen mit Russland statt immer neuer Konfrontation.« Notwendig sei dagegen Entspannung statt weiterer Eskalation. Die einseitigen Strafmaßnahmen gegen Russland ermunterten zudem die Führung in Kiew zur Fortführung des Krieges in der Ostukraine. Agenturen/nd

Mehr Form als Inhalt

Gedichtmaschinen, Tragödien in drei Zeilen oder ein Roman ohne »E«: Die französische Autorengruppe Oulipo betrachtete Sprache als Material, das nach strengen Regeln zu behandeln sei. Seite 23



Fußball als Chance

Kinder können eine WM an einem Tag spielen. In Russland ist Halbzeit – also Zeit, überhitzte Gemüter abzukühlen. Seiten 11, 12 und 29

Entschädigung für Atomkonzerne

Bundestag nickt Kabinettsvorlage ab

Berlin. Für den 2011 beschlossenen Atomausstieg erhalten die Energiekonzerne RWE und Vattenfall eine satte Entschädigung. Der Bundestag verabschiedete am späten Donnerstagabend eine entsprechende Gesetzesänderung und setzte damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts um. Die Richter hatten im Dezember 2016 entschieden, dass die Stromkonzerne für bereits getätigte Investitionen und für verfallene Stromproduktionsrechte entschädigt werden müssen. Die Höhe der Entschädigung kann allerdings erst im Jahr 2023 ermittelt werden, wenn die tatsächlich nicht produzierte Strommenge und die damit entgangenen Gewinne konkret feststehen. Die Bundesregierung rechnet laut Gesetzentwurf mit einem Betrag »im oberen dreistelligen Millionenbereich«.

Im Gegensatz zu RWE und Vattenfall steht E.ON bisher keine Entschädigung zu. Der landeseigene Kraftwerksbetreiber EnBW aus Baden-Württemberg hatte nicht geklagt. dpa/nd

Stress ist nichts für die Deutsche Bank

Konzern fällt bei US-Test durch

Washington. Die Deutsche Bank ist im zweiten Teil eines Stresstests durch die US-Notenbank Federal Reserve durchgefallen. In einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht bemängelt die Fed, dass die US-Tochter der Deutschen Bank in ihren Planungen und internen Abläufen nicht ausreichend für Krisensituationen gewappnet sei. Es seien »weit verbreitete und bedenkliche Defizite« in allen Bereichen der Kapitalplanung festgestellt worden. Die Bank verwies in einer Stellungnahme auf »bedeutsame Investitionen« in Verbesserungsmaßnahmen.

Die Fed konstatierte gravierende Mängel in der Datenverarbeitung, den Voraussagen über Einnahmen und Verluste sowie in den internen Kontrollsystemen. Diese Schwächen weckten Besorgnisse hinsichtlich der Fähigkeiten der Deutsche-Bank-Tochter, »ihre Kapitalbedürfnisse auf vorausschauender Basis festzulegen«. AFP/nd Kommentar Seite 2

Tote bei Angriff auf Zeitung in den USA

Mutmaßlicher Täter festgenommen

Annapolis. Ein Mann hat in der Redaktion der Zeitung »Capital Gazette« in Annapolis, der Hauptstadt des US-Bundesstaates Maryland, ein Blutbad angerichtet. Er tötete fünf Menschen, zwei wurden verletzt, so die Polizei am Donnerstag (Ortszeit). Der mutmaßliche Täter sei festgenommen worden. Reporter Phil Davis schrieb bei Twitter, ein Bewaffneter habe »durch die Glastür ins Büro geschossen und das Feuer auf mehrere Mitarbeiter eröffnet«.

Die Redaktion befindet sich in einem Bürohaus. 170 Menschen seien aus dem Gebäude in Sicherheit gebracht worden. Die Toten seien vier Journalisten – drei Männer und eine Frau – sowie eine Vertriebsmitarbeiterin, so die Polizei. Die Zeitung »The Baltimore Sun«, zu der die »Capital Gazette« gehört, berichtete, der mutmaßliche Täter lag seit langem im Streit mit der Redaktion. Auslöser waren demnach Berichte aus dem Jahr 2011 über ihn wegen Belästigungsvorwürfen. AFP/nd

Die Teilnehmer des EU-Gipfels sind zufrieden. Von den Ergebnissen der nächtlichen Sitzung versprechen sie sich eine bessere Steuerung der Migration. Menschenrechtler schlagen dagegen Alarm.



Europäisches Rezept: Flüchtlinge hinter Stacheldraht

Foto: AFP/Dimitar Dilkoff

Eins, zwei – viele neue Lager

Der Europäische Rat verständigt sich auf eine weitreichende Abschottung der EU

Ein neues Asylsystem haben die EU-Staaten beim Brüsseler Gipfel nicht beschlossen. Wohl aber ein Paket von Einzelmaßnahmen, mit denen Schutzsuchende effizient abgewiesen werden sollen.

Von Stefan Otto

Im Morgengrauen, um kurz vor fünf Uhr, verkündeten die Europäischen Staats- und Regierungschefs ihre Vereinbarungen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wirkte erleichtert: »Wir haben, wie Sie ja an der Uhrzeit merken können, eine sehr intensive Debatte gehabt«, sagte sie vor der Presse in Brüssel. Mit den Ergebnissen des Gipfels können offenbar auch jene Partner Merksels gut leben, mit denen sie zuletzt noch über Kreuz lag. Giuseppe Conte etwa, der neue italienische Regierungschef, hatte noch im Vorfeld des Gipfels gedroht, mögliche Beschlüsse zu blockieren, falls Italien als eines der Hauptankunftsländer von Flüchtlingen nicht von anderen Staaten unterstützt werde. Am Freitagmorgen verkündete Conte dann froh: »Bei diesem europäischen Rat wird ein Verantwortungsvolleres und solidarischeres Europa geboren. Italien ist nicht mehr allein.« Auch der französische Präsident Emmanuel Macron

sieht in dem Beschluss eine »europäische Lösung«. Selbst der österreichische Kanzler Sebastian Kurz, der sich mit den migrationsfeindlichen osteuropäischen Staaten verbunden fühlt, zeigte sich zufrieden, »dass es jetzt endlich einen Fokus auf die Außengrenzen gibt«.

Doch was nach der langen Nacht von den Staats- und Regierungschefs euphorisch als Durchbruch erklärt wird, ist bei genauerer Betrachtung keiner. Es ist vielmehr das, was unter den – in der Asylpolitik heillos zerstrittenen – Mitgliedstaaten an Einigung möglich war. Im Kern hat der Europäische Rat den Entschluss gefasst, die EU besser vor Migration abzuschotten und die Bewegungsfreiheit von Schutzbedürftigen weiter einzuschränken.

Im Vorfeld des Gipfels hatte die Kanzlerin noch versucht, die Erwartungen zu dämpfen: »Das gemeinsame Asylsystem werden wir auf dem Rat nicht verabschieden können«, sagte sie am Donnerstag im Bundestag. Es sind denn auch eher Tappschritte, auf die sich die Mitgliedstaaten geeinigt haben. Die Türkei bekommt etwa eine weitere Tranche über drei Milliarden Euro ausbezahlt, damit das Land im Gegenzug Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien

aufnimmt. Dem afrikanischen Treuhandfonds soll eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden, um die Entwicklung vor Ort voranzubringen.

Der vielleicht wichtigste gemeinsamer Nenner der Mitgliedstaaten ist ein besserer Schutz der EU-Außengrenzen. Dafür soll die Grenzschutzagentur Frontex mehr Ressourcen er-

Was nach der langen Brüsseler Nacht von den Staats- und Regierungschefs euphorisch als Durchbruch erklärt wird, ist bei genauerer Betrachtung keiner.

halten. Merkel sprach am Freitagmorgen von einer zeitnahen Aufstockung der Behörde. Bislang war dies erst mittelfristig geplant.

Zudem sollen die Staaten der Sahel-Region, die viele Flüchtlinge aus Zentralafrika Richtung Europa durchplanen, mehr Unterstützung erhalten, ebenso die libysche Küstenwache – was allerdings äußerst umstritten ist. Sie rekrutiert sich nämlich aus Mili-

ten und pflegt selbst Kontakte zu Schleppernetzwerken. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisiert schon lange, dass die Küstenwache Flüchtlinge nach Libyen zurückbringt, wo sie »unter absolut menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert, misshandelt und teilweise sogar versklavt werden«.

Eine Einigung konnten die Mitgliedstaaten bei Sammellagern in Nordafrika erzielen. Dorthin sollen künftig abgefangene Bootsflüchtlinge gebracht werden. Betrieben werden sie möglicherweise von dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Bereits im Vorfeld des Gipfels fanden intensive Gespräche zwischen der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und den beiden Organisationen statt. Ein umfassendes Konzept wurde zwar noch nicht veröffentlicht; es heißt aber, in diesen Flüchtlingslagern solle bereits entschieden werden, wer in Europa schutzbedürftig ist und wer nicht. Ob diese Ausschiffungsplattformen, wie die Lager offiziell heißen, tatsächlich errichtet werden, ist allerdings noch unklar. Bislang hat sich nämlich noch kein afrikanisches Land für eine Zusammenarbeit bereit erklärt.

Sammellager befürwortet der Rat auch innerhalb Europas – »auf freiwilliger Basis«, wie es in der Erklärung heißt. Neu ist der Vorschlag keineswegs. Solche Sammellager existieren bereits vielerorts, auf der griechischen Insel Lesbos zum Beispiel oder im bayerischen Ingolstadt. Ebenfalls auf freiwilliger Basis können Flüchtlinge laut der Vereinbarung in andere Mitgliedstaaten verteilt werden. Auch diese Möglichkeit gibt es schon. Doch die freiwillige Umverteilung funktioniert nicht, und auf eine Reform können sich die EU-Staaten nicht einigen.

Eine Passage in dem Abschlusspapier betrifft auch den deutschen Asylstreit zwischen der CDU und der CSU: Um die Wanderung von Flüchtlingen innerhalb der EU-Länder zu verhindern, sollen Staaten untereinander Maßnahmen ergreifen und eng miteinander kooperieren, heißt es darin. Merkel, von ihrem Innenminister Horst Seehofer (CSU) unter Druck gesetzt, bemüht sich seit Wochen um Abkommen mit Ländern über eine Rücknahme von Flüchtlingen, die dort bereits registriert sind. Mit Frankreich gibt es schon eine solche Vereinbarung. Am Rande des Gipfels kamen noch weitere mit Griechenland und Spanien hinzu.

Hilfsschiffe in Malta festgesetzt

Während Retter Verfahren fürchten, sterben im Mittelmeer Menschen

Von Fabian Hillebrand

Der Kapitän des Rettungsschiffs »Lifeline«, Claus-Peter Reisch, ist am Freitag erneut von der maltesischen Polizei befragt worden. Nach Angaben der Tageszeitung »Malta Today« wird damit gerechnet, dass er gegen Kautions auf freiem Fuß bleiben darf.

Die »Lifeline« hatte erst am Mittwoch nach einer tagelangen Hängepartie die Erlaubnis erhalten, mit mehr als 230 Geflüchteten in den Hafen der maltesischen Hauptstadt Valletta einzulaufen. Die maltesische Regierung kündigte an, die Aktivitäten von Seenotrettungsorganisationen bis zum Abschluss der Ermittlungen gegen den »Lifeline«-Kapitän zu unterbinden. Laut »Malta Today« könnte dies bedeuten, dass auch die beiden anderen im Hafen ankernden Schiffe, die »Sea Watch 3« und die »Seefuchs«, bis auf weiteres nicht auslaufen dürfen.

Die Dresdner Hilfsorganisation hat die Vorwürfe der maltesischen Justiz gegen den Kapitän ihres Rettungsschiffes zurückgewiesen. »Wir sehen kein Fehlverhalten unseres Kapitäns. Wir warten jetzt zuerst die Anklageschrift ab«, sagte Axel Steier, Mitgründer der Organisation, am Freitag gegenüber »nd«.

Der Kapitän Claus-Peter Reisch soll am Montag für eine öffentliche Anhörung in Malta vor Gericht erscheinen, wie Steier mitteilte. »Welche Punkte genau vorgebracht werden, wissen wir bis dato nicht«, erklärte er. Außerdem wehrte er sich gegen den von verschiedenen Seiten vorgebrachten Vorwurf, die Hilfsorganisationen erleichtern Schleusern ihre Arbeit. Das sei eine »billige Ausrede dafür, die Leute ertrinken zu lassen«, meint er. »Den Schleppern ist es vollkommen egal, ob da draußen ein Schiff ist.«

Während die Rettungsorganisationen in Malta festsetzen und das weitere Vorgehen der Justiz abwarten, ist erneut ein Boot mit mehr als 100 Geflüchteten an Bord vor der Küste Libyens gekentert. 14 Menschen seien gerettet worden. Die Küstenwache barg nach eigenen Angaben zu nächst drei tote Babys. Weitere Opfer hätten bislang nicht geborgen werden können, weil es dafür keine ausreichend großen Rettungsboote gebe.

Bis zum Redaktionsschluss war es noch unklar, ob die 100 Geflüchteten ertrunken sind.

Die vergangene Woche ist laut Ärzten ohne Grenzen mit mindestens 220 Ertrunkenen die tödlichste im Mittelmeer in diesem Jahr gewesen.

Seehofer schweigt, Pro Asyl ist entsetzt

Gespaltene Reaktionen in Deutschland auf die Verhandlungsergebnisse des EU-Gipfels

Die Ergebnisse des EU-Gipfels sollen hierzulande vor allem die CSU beruhigen. Um so überraschender, dass sich Horst Seehofer am Freitag in Schweigen hüllte.

Von Fabian Lambeck

Auch wenn Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) kein Mitglied der deutschen Delegation war, so saß er beim EU-Gipfel in Brüssel doch mit am Verhandlungstisch. Im Vorfeld des Treffens hatte er gedroht, die Bundespolizei mit der Zurückweisung von bereits in anderen EU-Staaten registrierten Geflüchteten zu beauftragen, falls Merkel ohne tragfähige Lösung aus Brüssel zurückkehrt. Und so wartete die deutsche Öffentlichkeit am Freitag gespannt, wie Seehofer auf die Ergebnisse reagieren würde. Doch das Warten war vergebens: Der CSU-Chef

blieb zunächst auf Tauchstation und auch im Ministerium wollte man keine Stellung beziehen. Auf nd-Nachfrage konnte die Pressestelle des Innenministeriums nicht erklären, warum der sonst um kein Statement verlegene Seehofer schweigt. Der »Münchener Merkur« wollte erfahren haben, dass der Minister »die Ergebnisse nicht anhand von Pressemitteilungen und Abschlusserklärungen bewerten, sondern dazu zunächst das Gespräch mit Kanzlerin Angela Merkel und weiteren Beteiligten führen« wolle.

Stattdessen meldeten sich B-Promis der CSU zu Wort. Der Fraktionschef der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) und CSU-Vizevorsitzende Manfred Weber lobte den Beschluss: »Der EU-Gipfel hat einen großen Schritt hin zu einer besseren Migrationspolitik gemacht.« Die EU

zeige Handlungsfähigkeit, »nicht zuletzt auch, weil CDU und CSU gemeinsam Druck machen«. Nach Ansicht von CSU-Vorstandsmitglied Hans Michelbach gehen die Beschlüsse »in die richtige Richtung«. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sah keinen Grund mehr für Streit in der Union. »Es ist das Signal, das wir uns erhofft haben«, sagte Günther am Freitag dem NDR-Fernsehen.

Auch die Koalitionspartner von der SPD zeigten sich begeistert von den Plänen, Internierungslager für Schutzsuchende einzurichten. Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) betonte, die Einigung sei ein »großer Fortschritt und ein guter Erfolg«. SPD-Chefin Andrea Nahles forderte die Union, den »unseligen« Streit über die Migration zu beenden. Sie begrüßte auch die Idee

für »kontrollierte Zentren«, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Widerspruch kam vom Parteinauwuchs: Juso-Chef Kevin Kühnert sagte dem Berliner »Tagesspiegel«, wenn Europa dem Drang von Menschen, in Frieden und Sicherheit zu leben, »mit einer weiteren Militarisierung von Grenzen begegnet, werden wir am Ende immer mehr dramatische Szenen an den europäischen Außengrenzen sehen«.

Kritik kam auch von der Linkspartei. Parteichef Bernd Riexinger bezeichnete die EU-Beschlüsse als »Bankrotterklärung der Menschenrechte«. »Die Doppelmoral von Angela Merkel und den EU-Staatschefs ist wirklich eine Schande«, sagte Riexinger der Nachrichtenagentur AFP. Als Beispiel nannte der Linkenchef »Internierungslager« in Afrika und in EU-Staaten, »Milliarden« für den tür-

kischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan »und weitere Abschottung an den Außengrenzen«.

Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock vermisste ein Bekenntnis zum Flüchtlingsschutz. »Die Europäische Union ist dabei, ihren Wertekompass aufzugeben«, erklärte sie.

AfD-Fraktionschefin Alice Weidel geht der in Brüssel gefundene Kompromiss nicht weit genug: »Echter Grenzschutz soll bis 2020 durch Frontex geleistet werden, so dass die EU weitere zwei Jahre wie ein Scheunentor offen steht«, schrieb sie auf dem Kurznachrichtendienst Twitter und forderte als »einzige europäische Lösung« die »Festung Europa«.

Entsetzten hingegen bei den Menschenrechtsorganisationen. Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt geißelte das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs als »Gipfel der

Inhumanität«. Die Politiker ließen »jegliches Mitgefühl mit Verfolgten vermissen«. Er bezeichnete die geplanten Aufnahmezentren innerhalb der EU sowie Auffanglager außerhalb der Staatengemeinschaft als »Lager der Hoffnungslosigkeit«.

Auch die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen schlug am Freitag Alarm: »Die EU-Staaten müssen zur Besinnung kommen«, forderte Karline Kleijer, Leiterin der Notfallhilfe von Ärzten ohne Grenzen auf dem Mittelmeer und in Libyen. Die Staaten entzogen sich ihrer Verantwortung. »Ihre Politik verurteilt verletzte Menschen bewusst zu Gefangenschaft in Libyen und nimmt in Kauf, dass Menschen in Seenot keine Hilfe erhalten.« Die vergangene Woche sei mit mindestens 220 Ertrunkenen die tödlichste im Mittelmeer in diesem Jahr gewesen.